

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Nachrichten
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon 1234

Druckerei
Königsplatz 10, Dresden

Hitlers Berliner Besprechungen

Aussprache mit Hindenburg und Papen?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. August. In politischen Kreisen wird angenommen, daß gegen Mitte dieser Woche in Berlin eine Besprechung der innerpolitischen Lage stattfinden wird, an der der Reichspräsident v. Hindenburg, der Reichskanzler v. Papen, der Reichswehrminister v. Schleicher sowie der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, teilnehmen werden. In dieser Besprechung soll versucht werden, durch eine offene Aussprache mit den beteiligten politischen Faktoren die Fragen zu klären, die sich aus den widersprechenden Auffassungen über die politische Notwendigkeit der Stunde, insbesondere über die Umgestaltung des Reichsfabinetts, ergeben haben. An einem positiven Ausgang dieser Besprechungen sind alle Teilnehmer gleichermaßen interessiert.

Die Regierung braucht die Unterstützung der Nationalsozialisten, wenn sie Wert darauf legt, daß der Reichstag zumindest die von Seiten der Linken zu erwartenden Mißtrauensanträge ablehnt.

Entweder auch die Nationalsozialisten gegen sie, so wäre es schwer vorstellbar, daß sie als geschäftsführendes Kabinett gegen eine Opposition, die nahezu den gesamten Reichstag umfaßt, amtierend könnte. Es bliebe dann schließlich nur die Möglichkeit, den eben erwähnten Reichstag wie der auszulösen, ein Mittel, zu dem sich aber der Reichspräsident v. Hindenburg nur im äußersten Falle entschließen dürfte. Man hält es auch für unmöglich, daß man sich dann mit der bloßen Vornahme von Reichstagswahlen begnügen könnte, vielmehr würde in einem solchen Falle die

Wahl einer neuen Verfassung schaffenden Nationalversammlung

zur Diskussion stehen. Das würde natürlich praktisch bedeuten, daß die Weimarer Verfassung weitgehend ihr Ende findet, eine Aussicht, die vielleicht doch geeignet wäre, bei bestimmten Gruppen des Parlaments Nachdenklichkeit hervorzurufen. Inwieweit eine solche Aussicht das Handeln der in Betracht kommenden Faktoren beeinflussen wird, steht zurzeit noch vollkommen dahin. Wenn es nicht gelingt, die Rechte und das Zentrum zur Stützung der Regierung in der bisher üblichen parlamentarischen Weise heranzuziehen, so würde sich tatsächlich eine Ent-

wicklung Bahn brechen, die mit den bisherigen verfassungsrechtlichen Zuständen weitgehend aufräumt.

Beim Zentrum scheint sich ein bedeutungsvoller Führerwechsel vorzubereiten.

Der jetzige Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, dessen Gesundheitszustand schon in der letzten Zeit sehr zu wünschen übrig ließ, liegt schwer krank in einem Tiroler Krankenhaus danieder und kann, dem Vernehmen nach, nur noch künstlich ernährt werden. Sein Zustand soll bereits zu den größten Besorgnissen Anlaß geben. Man glaubt daher in den politischen Kreisen nicht, daß Kaas die politische Führung der Partei für die bevorstehenden Entscheidungen behalten wird. Seinen Nachfolger sieht man vielfach in der Person des Führers des rheinischen Zentrums, des Kölner Juristen Dr. Brüning. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning dürfte die Führung der Zentrumspartei wohl schon um deswillen nicht erhalten, weil man auch in Zentrumskreisen der Auffassung ist, daß Dr. Brüning, der sein Verhalten im Wahlkampf lediglich von rein persönlicher Verdrängerung leiten ließ, jetzt für die Leitung der Partei nicht die geeignete Persönlichkeit darstelle. Dagegen hält man es für möglich, daß

Dr. Brüning die Führung der neuen Zentrumspartei übernimmt, und daß der bisherige Fraktionsführer, Dr. Vertling, von diesem Posten zurücktritt. Würde sich der Wechsel in den leitenden Stellen der Zentrumspartei in der geschilderten Weise vollziehen, so würde das zugleich ein Hinweis auf die politische Haltung des Zentrums über die politische Haltung des Zentrums sein, die man sich als Ziel setzen will. In welcher Richtung sich die Dinge entwickeln werden, wird man aber erst im Laufe der nächsten Zeit erkennen können.

Eine Erklärung der Deutschnationalen

Berlin, 8. August. In den Verhandlungen über eine Umbildung der Reichsregierung schreibt der den Deutschnationalen nahestehende „Deutsche Schmeißler“, a. a. Ein Kabinett Hitler wäre nur auf parlamentarischem Mehrheitswege und also mit Billigung des Zentrums möglich. Bei einem solchen Mißfall in überlebte Methoden würden die Deutschnationalen nicht nur entschlossen, sondern auch — uninteressiert sein.

„Brutale Anwendung aller Machtmittel“

Zodestrafen für Terrorakte und unbefugten Waffenbesitz

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. August. Nach seiner Rückkehr hat sich heute der Reichskanzler v. Papen, wie amtlich mitgeteilt wird, von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums über die in den letzten Tagen vorgenommenen Terrorakte Vortrag halten lassen. Er hat daraufhin, wie die amtliche Mitteilung weiter besagt, die Reichsminister zu einer Ministerbesprechung für Dienstag vormittag nach Berlin berufen. Die amtliche Mitteilung schließt mit folgendem bedeutungsvollen Satz:

„Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein so fortiges Ende gesetzt werden muß.“

Daraus ergibt sich, daß der Reichskanzler nicht mehr der Ansicht ist, daß die im Gefolge der lebensschaffenden politischen Erregung des Wahlkampfes ausgeübte Terrorverweigerung von selbst ihr Ende finden würde. Die amtliche Mitteilung nimmt offenbar das Ergebnis der Beratungen des Dienstag bereits vorweg.

Die Maßnahmen, die von den zuständigen Reichsressorts ausgearbeitet wurden, sind (ix und x) und (xi). Sie werden den Kabinettsmitgliedern zur Kenntnis gebracht und, wie man wohl mit einiger Berechtigung annehmen darf, anschließend unverzüglich in Kraft gesetzt werden. Somit man hört, dürfte das Kernstück der vom Kabinett ins Auge gefassten Schritte in der

Bildung von Sondergerichten

liegen, die mit schweren Strafen, darunter auch der Todesstrafe, gegen diejenigen vorgehen, die mit Terrorakten ihrem politischen Willen Geltung verschaffen zu müssen glauben. Zur Einsetzung solcher Sondergerichte bedarf es keiner neuen Verordnung des Reichspräsidenten. Hier gibt die Notverordnung vom 8. Oktober 1931 bereits die notwendige Ermächtigung. In dieser Notverordnung wurde über die Sondergerichte folgendes bestimmt: Die Reichsregierung wird ermächtigt, zur Aburteilung bestimmter strafbarer Handlungen in Bezirken, in denen ein Verbotnis dafür hervortritt, Sondergerichte zu bilden. Die Sondergerichte sind als Gerichte der Länder zu bilden. Die Reichsregierung bestimmt im Benehmen mit den Landesregierungen die Bezirke und den Sitz der Sondergerichte. Die Reichsregierung wird ferner

ermächtigt, Vorschriften über die Zusammenlegung der Sondergerichte, ihre Zuständigkeit und das Verfahren zu erlassen. Sie kann bestimmen, daß die Tätigkeit der Sondergerichte allgemein oder in bestimmten Bezirken endet und wie die anhängigen Verfahren in die ordentliche Gerichtsbarkeit überzuleiten sind.

Wie wir weiter hören, ist daneben noch die Möglichkeit der Verhaftung, der sogenannten Schutzhaft, über alle die Personen vorgelesen, die hinreichend verdächtig erscheinen, sich an Terrorakten zu beteiligen.

Die Todesstrafe schließlich soll jeden treffen, der an einem Terrorakt tätig mitwirkte. Von großer Bedeutung ist dabei, daß die Todesstrafe voranschreitend auch bereits für das widerrechtliche Führen von Waffen verhängt werden wird.

Nachdem die verschiedenen Anknüpfungen sowohl von Seiten der Reichs- als auch der preussischen Staatsregierung gegen die Urheber und Ausführer von Terrorakten mit schweren Strafen vorgehen, ohne rechte Wirkung bleiben und Bombenanschläge, politische Morde und dergleichen noch immer kein Ende gefunden haben, ist der Reichskanzler offenbar zu der Ueberzeugung gekommen, unter Zurückstellung aller Bedenken, insbesondere auch solcher außerpolitischer Art, rücksichtslos durchzugreifen. Wenn die Kreise der Terroristen sich durch diese Anknüpfung der nunmehr erfolgenden Verhängung schwerster Strafen nicht von ihrem Vorhaben abbringen lassen, so werden sie jetzt für ihre Taten schwer büßen müssen.

Wann tritt der Preußenlandtag zusammen?

Berlin, 8. August. Wie gemeldet, hat der Präsident des Preussischen Landtages, Kerrl, die für den 18. und 17. August geplanten Landtagssitzungen verschoben. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat nun beantragt, diese Sitzungen am 19. und 20. August abzuhalten, während die Kommunisten in einem längeren Schreiben vom Präsidenten die Abhaltung der Sitzungen an dem ursprünglichen Termin fordern. Auf die kommunistische Forderung wird selbstverständlich der Präsident Kerrl in keiner Weise eingehen. Ob es ihm zweckmäßig erscheinen wird, am 19. und 20. August den Landtag zusammenzutreten zu lassen, steht im Augenblick noch dahin.

Keine Siedlung ohne Arbeitsdienst

Wie auf so vielen anderen Gebieten bricht sich in diesen Monaten auch in der Siedlungsbewegung immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß wir neue Wege suchen müssen, daß wir es bisher gründlich falsch gemacht haben, wenigstens was die bürgerliche Siedlungspolitik angeht. An Warnern hat es ja nie gefehlt. Wissen schon die seit Geschlechtern alteingesessenen Bauern und Großgrundbesitzer heute nicht mehr aus und ein, so ist der Siedler, dem die Rückkehr aus dem Land vielleicht nur ein Strohhalm war in der wachsenden Trost- und Hoffnungslosigkeit der Erwerbslosen, der in sehr vielen Fällen weder finanziell noch körperlich, noch seelisch genügend gerüstet war, um das harte Leben des Kolonisten auf sich zu nehmen, nun vollends ratlos und wehrlos den Stürmen preisgegeben, die heute unsere heimische Landwirtschaft erschüttern. Die Berichte häufen sich, daß es den Siedlern nicht allein unmöglich ist, die Linsen für ihre viel zu hoch belasteten Grundstücke zu zahlen, sondern daß sie buchstäblich am Verhungern sind, daß schon in den vergangenen Frühjahr in manchen Siedlungen das Saatforn fehlte, daß Kartoffeln die fast ausschließliche Nahrung für Erwachsene und Kinder waren, ja, daß auch diese Kartoffeln von den Besiedelten und Siedlungsverbänden erst aufgebracht werden mußten, damit es nicht zu einer Katastrophe kam.

Es spielt sich hier im wahren Sinne des Wortes eine Tragödie ab. Man muß bedenken, mit welchen Hoffnungen diese der Bergweilung nahen Menschen sich an die letzte Möglichkeit klammerten, der Mutter Erde eine Erlösung abzurufen, mit welchem Opfermut sie vielleicht ihre letzten Notarbeitskräfte in die Unternehmung hineinsteckten, mit welcher ehrlicher Lust und Liebe zur heimatischen Scholle — eine unausrottbare Sehnsucht aller Deutschen — sie aus ungewohnter Wert gingen; und das Fazit: ein Scheitern an den nichtigen Tatsachen, an der Unrentabilität der Landwirtschaft im allgemeinen und an einer falschen, bürokratischen Organisation im besonderen.

Zur Zeit der Scheiterte, in den ersten Jahren nach der Inflation, als man noch Auslandskredite in Halle und Fülle haben konnte, da war es am liebsten und halbamtlichen Siedlungsgesellschaften leicht, „arbeitslose“ Pläne zu entwerfen. „Muster-Siedlungen“ mit manchem Komfort, aber mit viel zu wenig Land vom grünen Tisch aus ins Leben zu rufen, Siedlungen, in die sich der arme Arbeitslose aus den Städten wie in ein wohlbelichtetes, warmes Nest hineinsetzen konnte, voller Illusionen. Aber das Erwachen aus dem Traum kam schon mit den ersten Steuer- und Zinszahlungen, wenn man die Verträge nicht erfüllen konnte, wenn man merkte, daß dieser verhältnismäßig schmale Grund und Boden unmöglich von Anfang an eine Wohlhablichkeit des Lebens gestattete, die erst in Jahrzehnten erarbeitet sein will, die vorkapitalisiert jeden Arbeitsvertrag aufricht und einen gesunden Wirtschaftsaufbau von vornherein verhindert. Die untragbare Last machte bald sogar Dampfung und Erwerb von Saatgut unmöglich, so daß nicht nur privatswirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich das Gegenteil von dem eintrat, was man erhofft hatte: anstatt, daß deutscher Grund und Boden intensiver der Ernährung unseres Volkes dienlich gemacht wurde, verfiel er und wird, wenn keine Abhilfe geschaffen wird, in den nächsten Jahren immer mehr brach liegen und Unkraut tragen.

Darin liegt das Tragische, daß auf der einen Seite ein so ungebeurer, unheilbarer Drang in unserem Volke lebt, wieder zurückzukehren aufs Land, daß auch die staatspolitischen Notwendigkeiten dazu drängen, daß andererseits aber die Möglichkeiten allzu eng begrenzt zu sein scheinen. Warum wir im menschenleeren Osten einen starken Wall von freien, bäuerlichen Existenzen brauchen, darüber ist kein Wort mehr zu verlieren; lassen wir ihn in den nächsten Jahrzehnten nicht, dann wird mit dem Zwang eines Naturgesetzes der polnische Menschenüberschuß in das Vakuum einströmen, und die künftigen Träume dieses Chauvinistenvolks gehen in Erfüllung. Der Rückstrom aus dem Westen nach dem deutschen Osten hat, seit einem Jahre auch zahlenmäßig nachweisbar, bereits eingesetzt, aber wir dürfen die Siedlungsmöglichkeiten gerade in Ostpreußen nicht überschätzen, wie uns von maßgebenden ostpreussischen Führern in den letzten Monaten des öfteren klargemacht worden ist. Der karge Boden gestattet nicht eine Vervielfachung in zu kleine Einheiten, da sonst der einzelne keine Existenzmöglichkeit mehr

Heute:

Literarische Umschau

Seite 7